

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 8. April 2010

## Eine Frage des Berufs

Die Beschäftigten der Länder und Kommunen stehen in dem Ruf, häufiger krankzufeiern als ihre Kollegen in anderen Wirtschaftszweigen. Tatsächlich waren die bei einer Betriebskrankenkasse pflicht- oder freiwillig versicherten Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung im Jahr 2008 durchschnittlich an 15,9 Kalendertagen krankgeschrieben – die Arbeitnehmer in der Metallverarbeitung beispielsweise aber nur an 12,7 Tagen. Ähnliche Unterschiede gibt es auch in einzelnen Berufsgruppen. So fielen die beim Staat angestellten Architekten und Bauingenieure im Mittel

3,1 Tage länger aus als jene im privaten Baugewerbe. Und die EDV-Experten der Länder und Gemeinden waren an 3,7 Tagen mehr unpässlich als die gleichen Fachleute in der Metallverarbeitung. Dennoch ist die öffentliche Verwaltung nicht per se besonders krankheitsanfällig – im Wesentlichen ist dort die Zahl der Fehltag eine Frage des Berufs. Während z.B. Gärtner trotz oder wegen der Arbeit an der frischen Luft zuletzt durchschnittlich für 25,2 Tage ein Attest vorlegten, waren die im Büro tätigen Verwaltungsfachleute lediglich an 10,7 Tagen malade.

### Öffentliche Verwaltung: Gesunde Büroluft

An so vielen Tagen waren die BKK-versicherten Angestellten in der öffentlichen Verwaltung im Jahr 2008 durchschnittlich krankgeschrieben

Wächter, Aufseher	31,5	Bibliothekare, Archivare, Museumsfachleute	12,7
Kultur-, Wasserbauwerker	26,6	Sozialarbeiter, Sozialpfleger	12,2
Polizeibedienstete	26,5	Arbeits-, Berufsberater	12,1
Straßenwarte	26,0	Heimleiter, Sozialpädagogen	11,2
Gärtner, Gartenarbeiter	25,2	Leitende Verwaltungsfachleute	10,7
Raum-, Hausratreiniger	24,3	Datenverarbeitungs-fachleute	9,6
Kraftfahrzeugführer	22,9	Architekten, Bauingenieure	8,4
Bürohilfskräfte	20,8		
Pförtner, Hauswarte	18,4		
Bürofachkräfte	14,3		
Real-, Volks-, Sonderschullehrer	13,9		
Kindergärtner/-innen, Kinderpfleger/-innen	13,9		
		<b>Öffentliche Verwaltung insgesamt</b>	<b>15,9</b>

Berufsauswahl; Krankheitstage: einschließlich Krankschreibungen am Wochenende und an Feiertagen; BKK-Versicherte: pflicht- und freiwillig krankenversicherte Mitglieder einer Betriebskrankenkasse, ohne Arbeitslose und Rentner, ohne Beamte  
 Quelle: BKK-Bundesverband



© 2010 IW Medien · iwkd 14

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## In dieser Woche

**Beschäftigung:** In Deutschland sind der Krise deutlich weniger Arbeitsplätze zum Opfer gefallen als etwa in Irland, Spanien, den USA oder Großbritannien. Dabei ist die Wirtschaftsleistung andernorts in geringerem Maße eingebrochen als hierzulande. Seite 2

**Der Arbeitsmarkt:** Während in Japan noch zwei Drittel der 55- bis 64-Jährigen beruflich aktiv sind, haben ebenso viele Ältere in Polen bereits den Arbeitsplatz geräumt. Deutschland ordnet sich im Mittelfeld ein. Seite 3

**Lateinamerika:** Dank einer soliden Wirtschaftspolitik ist so manch ein Land des Teilkontinents auf einem guten Weg. Und der Handel mit Deutschland brummt – auch weil deutsche Autokonzerne viel in Lateinamerika produzieren lassen. Importiert werden von dort allerdings noch immer vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse. Seite 4-5

**Chancengleichheit:** Gut vier von zehn Frauen in Deutschland verdienen sich ihren Lebensunterhalt selbst. Doch nach wie vor sind es vornehmlich die Mütter, die bei einer Familiengründung ihre Arbeitszeit reduzieren oder den Job ganz aufgeben. Seite 6

**Gesetzliche Unfallversicherung:** Die Berufsgenossenschaften kümmern sich gemeinsam mit den Unternehmen um die Prävention im Betrieb. Seit 1970 ist nicht zuletzt dadurch das Risiko, einen Arbeitsunfall zu erleiden, um fast drei Viertel gesunken. Seite 7

**Länderhaushalte:** Die Wirtschaftskrise hat tiefe Löcher in die Haushalte der Bundesländer gerissen. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen allerdings schlossen ihr Budget mit einem Überschuss ab. Denn bereits seit 2006 sind beide Länder auf die Ausgabenbremse getreten. Seite 8

## Beschäftigung

## Der kranke Mann war einmal

**Der Arbeitsmarkt hat sich in Deutschland zuletzt weit weniger dramatisch entwickelt als in anderen Ländern. So sind in Irland, Spanien, den USA oder in Großbritannien der Krise deutlich mehr Arbeitsplätze zum Opfer gefallen als hierzulande – obwohl die Wirtschaftsleistung andernorts weniger stark eingebrochen ist als zwischen Flensburg und Ravensburg.**

Es ist gerade erst acht Jahre her, da galt Deutschland mit Blick auf die Arbeitsmarktsituation als der kranke Mann Europas – und das gleich in zweifacher Hinsicht:

**Jobs.** Im Jahr 2002 waren in der Bundesrepublik nur 65 Prozent der 15- bis 65-Jährigen erwerbstätig. Dänemark, Schweden, die Niederlande, aber auch Portugal, Großbritannien und die USA glänzten demgegenüber mit Erwerbstätigenquoten von mehr als 70 Prozent.

**Arbeitslosigkeit.** Die deutsche Arbeitslosenquote, schon 2002 eine der höchsten der industrialisierten Welt, stieg in den folgenden Jahren weiter an. Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland – Länder, die traditionell eine hohe Arbeitslosigkeit aufwiesen – bauten sie dagegen ab.

Seit der Umsetzung der Agenda 2010 in den Jahren 2003 bis 2005 hat sich das Bild hierzulande jedoch deutlich gewandelt:

- Die Erwerbstätigenquote kletterte auch in Deutschland im Jahr 2008 über die 70-Prozent-Marke.
- Die deutsche Arbeitslosenquote sank im Jahr 2008 nahezu auf den EU-Durchschnitt von 7,0 Prozent.

Welche Arbeitsmarktfortschritte die Bundesrepublik erzielen konnte, hat der jüngste Abschwung besonders deutlich gemacht. Dabei wurden die

deutschen Unternehmen von der Krise keineswegs verschont. In den vergangenen beiden Jahren nahm die Wirtschaftsleistung im schlechtesten Quartal um 5,2 Prozent ab – mehr als zum Beispiel in Frankreich (minus 3,0 Prozent) oder den USA (minus 3,7 Prozent). Trotzdem reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen längst nicht so dramatisch wie anderswo (Grafik):

**In den USA gingen in den vergangenen beiden Jahren 5,5 Prozent der Jobs verloren – in Deutschland nur 0,2 Prozent.**

In Spanien entwickelte sich die Wirtschaft zuletzt genauso schlecht wie in Deutschland. Dennoch brach die Zahl der Erwerbstätigen geradezu ein. Auf der Iberischen Halbinsel verschwanden 1,8 Millionen oder 8,9 Prozent der Jobs.

Glimpflich davon kamen bislang Österreich, die Schweiz und die Niederlande. In diesen Ländern legte die Erwerbstätigkeit in den vergangenen 24 Monaten sogar noch zu. Dazu haben unter anderem staatliche Programme beigetragen, die ähnlich wie in der Bundesrepublik auf Kurzarbeit setzen.

Punkten konnten die Deutschen auch bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit:

**Deutschland ist das einzige OECD-Land, in dem die Arbeitslosenquote in den vergangenen zwei Jahren gesunken ist.**

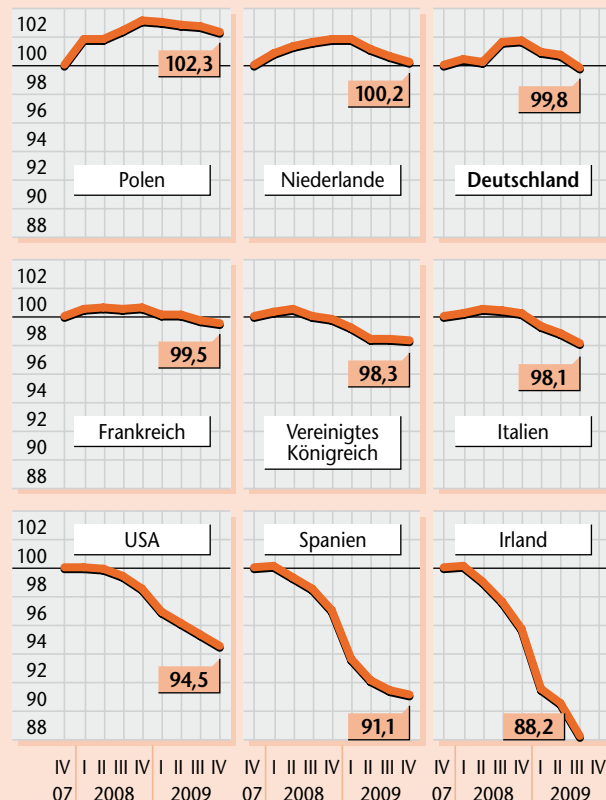
In Dänemark und den USA hat sie sich dagegen mehr als verdoppelt. Aktuell liegt die Quote hierzulande mit 7,5 Prozent sogar unter derjenigen in den einstigen Vorzeigeländern Irland (13 Prozent), USA (10 Prozent) und Großbritannien (7,8 Prozent).

Vier Gründe sind für die gute deutsche Arbeitsmarktleistung maßgebend:

1. Deutschland hat in den Jahren 2006 bis 2008 – beflügelt durch die Arbeitsmarktreformen – den Beschäftigungsaufschwung erlebt, den andere Länder schon früher hatten. Auch Langzeitarbeitslose fanden zurück in den Beruf.
2. Die größere Arbeitsmarktflexibilität – Stichwort: Deregulierung der Zeitarbeit – hat dafür gesorgt, dass im Aufschwung schneller Arbeitskräfte eingestellt wurden.
3. Maßnahmen wie die Kurzarbeit haben dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise zu begrenzen.
4. Deutsche Unternehmen halten in starkem Maße an Beschäftigten fest, die sie für das gegenwärtige Produktionsniveau nicht unbedingt bräuchten. Denn sie wollen wegen der demografischen Entwicklung ihre Fachkräftebasis langfristig sichern.

### Erwerbstätige: Im Ausland mehr Krisenverlierer

4. Quartal 2007 = 100



Zahlen saisonbereinigt; IV 2009: keine Angaben für Deutschland, Italien und Irland; Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Arbeitsmarkt für Ältere: Noch Luft nach oben



Während in Japan noch zwei Drittel der 55- bis 64-Jährigen beruflich aktiv sind, haben ebenso viele Ältere in Polen bereits den Arbeitsplatz geräumt. Deutschland ordnet sich im Mittelfeld ein, nachdem in den zurückliegenden Jahren große Fortschritte bei der Beschäftigung der 55-plus-Generation erzielt wurden. Es ist aber noch Luft nach oben da, wie Japan zeigt.

Möglichst früh in Rente – das galt lange Zeit in Deutschland fast als Volkssport. Und so war im Jahr 2000 nur wenig mehr als ein Drittel der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Im internationalen Vergleich rangierten die Deutschen damit ziemlich weit hinten.

Seitdem hat sich hierzulande aber einiges getan. Schon Mitte der 1990er Jahre hatte die Regierung die Möglichkeiten eingeschränkt, vorzeitig in Rente zu gehen. Aufgrund langer Übergangsfrieten wurden diese Reformen größtenteils erst ab dem Jahr 2000 wirksam.

Hinzu kamen ab 2003 die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010, die für Ältere den Anreiz stärkten, berufstätig zu bleiben. Im Ergebnis arbeitete zuletzt deutlich mehr als Hälfte der deutschen Best Ager. Dies reicht allerdings noch nicht für einen internationalen Spitzenplatz, zumal sich die Arbeitsmarktlage der 55-plus-Generation in fast allen Industrieländern zum Teil deutlich verbessert hat.

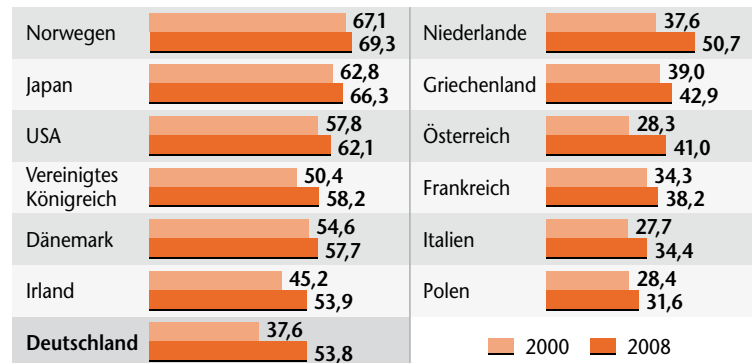
Dass für Deutschland noch Luft nach oben ist, zeigt beispielsweise der Vergleich mit Norwegen. Dort arbeiten nicht nur fast 70 Prozent der 55- bis 64-Jährigen, sondern sogar 16 Prozent der über 65-Jährigen. In Deutschland sind dagegen lediglich knapp 4 Prozent der Alten beruflich engagiert.

Auch in Sachen Arbeitslosigkeit ist nicht alles im Lot. Zwar sind heute weniger 55- bis 64-Jährige arbeitslos als früher – 8,5 statt 12,3 Prozent im Jahr 2000. Dennoch ist die deutsche Arbeitslosenquote der Silver Workers die höchste aller Industrieländer.

## Der Arbeitsmarkt

### Ältere Arbeitnehmer: Es werden mehr

So viel Prozent der 55- bis 64-Jährigen waren erwerbstätig



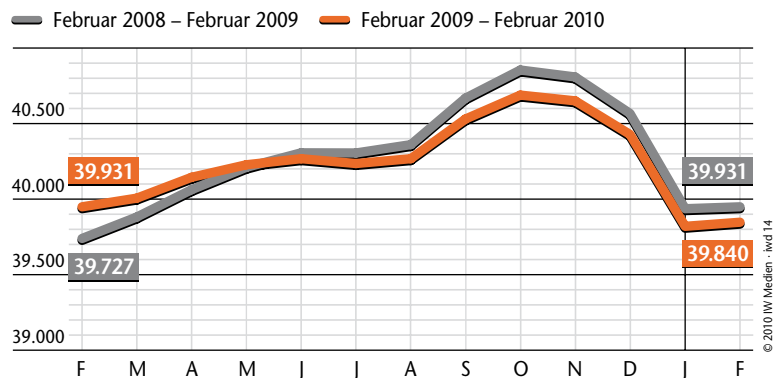
Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IWD Medien - iwd 14

### Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000



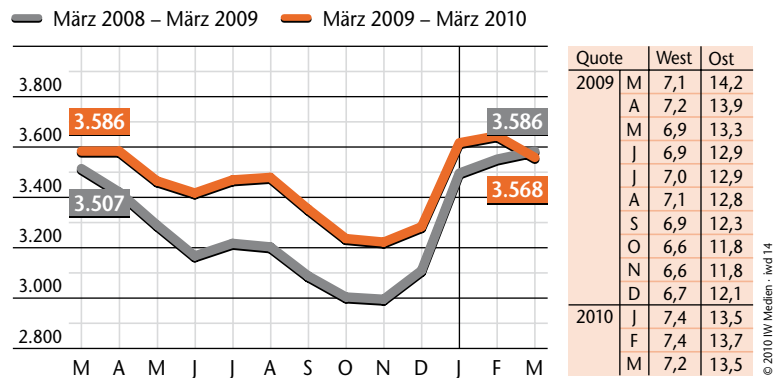
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IWD Medien - iwd 14

### Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quote	West	Ost	
2009	M	7,1	14,2
	A	7,2	13,9
	M	6,9	13,3
	J	6,9	12,9
	J	7,0	12,9
	A	7,1	12,8
	S	6,9	12,3
	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
	D	6,7	12,1
2010	J	7,4	13,5
	F	7,4	13,7
	M	7,2	13,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2010 IWD Medien - iwd 14

## Lateinamerika

## Tausche Tortillas gegen Technik

Viele Ökonomen sagen Lateinamerika eine große Zukunft voraus. Dank einer soliden Wirtschaftspolitik ist derzeit auch so manch ein Land des Teilkontinents auf einem guten Weg. Und der Handel mit Deutschland brummt – auch weil deutsche Autokonzerne viel in Lateinamerika produzieren lassen. Ein Großteil der deutschen Importe besteht allerdings immer noch aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Kaum reiste der deutsche Außenminister Guido Westerwelle durch lateinamerikanische Gefilde, war die Region jenseits des Atlantiks plötzlich wieder in aller Munde. Und dies zu Recht, denn einigen Ländern Lateinamerikas wird eine große Zukunft vorausgesagt. Bereits jetzt zeigen die Staaten in Übersee eine gute Performance:

**Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der lateinamerikanischen Nationen wuchs zwischen 2000 und 2008 um jahresdurchschnittlich 3,7 Prozent.**

Dabei dürfen die Rezessionsjahre 2001 und 2002 nicht vergessen werden, die in dieser Zahl mit eingerechnet sind. Die drei großen Nationen des Kontinents haben während der betrachteten acht Jahre ebenfalls gute Fortschritte gemacht: So kletterte die Wirtschaftsleistung

in Brasilien von 2000 bis 2008 um 3,6 Prozent im Jahresschnitt, in Argentinien um 4,2 Prozent. Lediglich Mexiko kam nur auf ein BIP-Wachstum von jährlich 2,4 Prozent.

Auch der internationale Warenhandel der lateinamerikanischen Staaten ist in Schwung gekommen. Die Warenexporte Brasiliens haben zwischen 2000 und 2008 um jahresdurchschnittlich mehr als 17 Prozent zugenommen, in Argentinien waren es immerhin 13 Prozent, Mexiko verbuchte ein Plus von gut 7 Prozent.

In allen drei Ländern gibt es trotzdem keinen Anlass zur Euphorie. Denn verglichen mit der globalen Entwicklung der Warenexporte blieb die Außenhandelsperformance des Latino-Trios zuletzt zurück (Grafik):

Während die weltweiten Warenexporte zwischen 2000 und 2008 um fast 150 Prozent zulegen konnten, kamen die Ausfuhren Brasiliens, Argentinien und Mexikos lediglich auf einen Zuwachs von 126 Prozent.

Der Blick auf den Handel Deutschlands mit diesen Ländern zeigt, dass die Lateinamerikaner nichtsdestotrotz an Bedeutung gewinnen – die Im- und Exporte über den Atlantik haben sich zuletzt stärker entwickelt als der gesamte deutsche Handel. Doch in Sachen exportorientierte Wettbewerbsfähigkeit haben Brasilien und Co. noch einiges aufzuholen. Denn nach wie vor bestimmen oftmals landwirtschaftliche Erzeugnisse die Importe aus diesen Nationen. Die Wirtschaftsbeziehungen im Einzelnen:

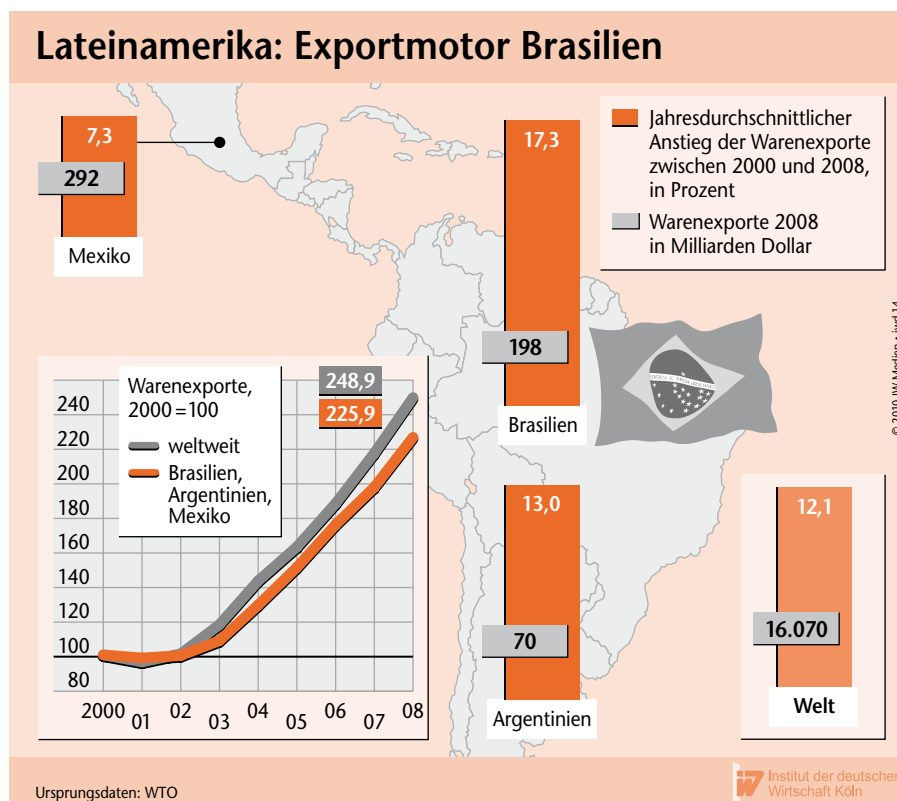
- **Brasilien:** Zunächst lässt eine Betrachtung der einschlägigen Wirtschaftszahlen noch nicht die starke Position erahnen, die Brasilien für die Zukunft prophezeit wird. So findet sich das Land im deutschen Exportranking 2009 auf Rang 21 wieder, auf der Importseite auf Platz 23. Direkte Konkurrenten sind Staaten wie Finnland und die Slowakei, aber auch Indien und Japan. Dieser erste Eindruck täuscht aber etwas. Denn der Handel mit dem Land am Zuckerhut hat überdurchschnittlich zugelegt:

**Während die gesamten deutschen Warenexporte zwischen 2004 und 2009 lediglich um 10 Prozent stiegen, haben die Warenausfuhren nach Brasilien um rund 55 Prozent zugenommen.**

Zudem hat Deutschland 2009 etwa 50 Prozent mehr aus Brasilien importiert als fünf Jahre zuvor. Offenbar machen den Produzenten und Händlern die nahezu 9.600 Kilometer zwischen Frankfurt und Rio de Janeiro nicht viel aus. Und auch der jüngsten globalen Wirtschaftskrise hat der bilaterale Handel getrotzt.

Hinsichtlich der zwischen Deutschland und Brasilien ausgetauschten Waren zeigt sich, dass die Rollen nach wie vor klassisch verteilt sind (Grafik Seite 5):

**Wichtigste deutsche Exportgüter ins Schwellenland Brasilien waren im Jahr**



**2009 chemische Erzeugnisse und Maschinen mit einem Anteil von 26 bzw. gut 29 Prozent. Zu den wichtigsten Importgütern zählten Nahrungs- und Genussmittel mit einem Anteil von 30 Prozent an allen Einfuhren aus dem Land der Samba.**

Immerhin verschieben sich die Gewichte mittlerweile. So legten zwischen 2004 und 2009 Deutschlands Exporte von Energierohstoffen wie etwa Kohle um gut 120 Prozent zu, die Ausfuhren von Produkten aus dem Fahrzeugbau um fast 110 Prozent.

Und die Bundesrepublik ordert mittlerweile nicht nur Soja oder Bananen aus Brasilien: Die Importe für Fahrzeuge und Fahrzeugteile made in Brasil stiegen um nahezu 560 Prozent. Damit hat der Fahrzeugbau innerhalb von fünf Jahren seinen Anteil von 3 Prozent auf 12 Prozent hochgeschraubt. Die Energierohstoffimporte kletterten sogar um mehr als 1.000 Prozent, allerdings von einem äußerst niedrigen Niveau aus. Im vergangenen Jahr entfielen lediglich 1,6 Prozent aller deutschen Importe aus Brasilien auf diese Warengruppe.

Wachsendes Interesse an der Copacabana zeigen auch deutsche Investoren: Insgesamt hatten sie Ende 2007 in fast 450 brasilianischen Unternehmen bereits ein Beteiligungskapital in Höhe von über 12 Milliarden Euro angelegt, mit dem rund 40 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet wurden. Knapp 80 Prozent der Direktinvestitionen entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe.

• **Mexiko:** Das derzeit vom Drogenkrieg gezeichnete Land glänzt zumindest als zweitwichtigster deutscher Handelspartner in Lateinamerika. So erzielten die Mexikaner im hiesigen Handelsranking 2009 immerhin Platz 32 bei den Exporten und Platz 33 bei den Importen.


Allerdings wird der Handel mit Mexiko von einem starken Ungleichgewicht bestimmt. So scheinen die mexikanischen Märkte für Unternehmen zwischen Füssen und Flensburg nicht besonders attraktiv zu sein – die deutschen Warenexporte nach Mexiko stiegen zwischen 2004 und 2009 um gerade einmal 1,4 Prozent. Und auch bei den gehandelten Waren zeigt sich das erwartete Bild: Knapp 30 Prozent der exportierten Güter entstammen dem

## Deutschland: Gute Geschäfte mit Lateinamerika

So viel Prozent der deutschen ... entfielen im Jahr 2009 auf

	Brasilien		Argentinien		Mexiko	
	... Exporte	... Importe	... Exporte	... Importe	... Exporte	... Importe
Chemische Erzeugnisse	25,7	6,3	22,4	4,6	17,4	5,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	14,1	1,8	13,7	0,4	16,9	28,3
Energierohstoffe	0,3	1,6	0,4	0,0	0,1	0,2
Fahrzeugbau	14,2	12,1	24,8	4,2	18,3	46,3
Maschinenbau	29,3	6,7	23,5	2,8	29,3	4,0
Metallerzeugung	7,6	3,7	5,7	4,4	8,5	5,1
Nahrungs-, Genussmittel	0,7	30,4	0,6	50,6	0,5	3,8
Textilien, Bekleidung, Leder	0,7	1,5	0,5	1,3	1,3	0,4
Andere Waren	7,4	35,7	8,5	31,7	7,8	6,4
insgesamt in Milliarden Euro	7,2	7,0	1,4	1,5	5,0	3,2

Andere Waren: z.B. Möbel und Reiseartikel, Papier und Holz, Öle und Fette, Erze und Metallabfälle, mineralische Rohstoffe u.a.; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Maschinenbau, weitere rund 18 Prozent entfallen auf Produkte des Fahrzeugbaus und der Chemischen Industrie.

Doch auf der Importseite ist ordentlich Musik im Spiel:

**Die deutschen Wareneinfuhren aus Mexiko haben sich allein zwischen 2004 und 2009 nahezu verdoppelt.**

Ein Blick auf die importierten Produkte zeigt, dass Mexiko nicht wie ein Entwicklungsland mit der Herstellung von Nahrungsmitteln punktet – diese machen gerade einmal knapp 4 Prozent der deutschen Einfuhren aus Mexiko aus. Vielmehr scheint die alte VW-Tradition mit dem Bau des Käfers in dem lateinamerikanischen Schwellenland ihre Fortsetzung zu finden:

**Mit einem Anteil von 46 Prozent waren 2009 fast die Hälfte aller Importe aus Mexiko Produkte des Fahrzeugbaus, weitere fast 30 Prozent entfielen auf elektrotechnische Erzeugnisse.**

Dies zeigt sich auch in den Zuwachsraten: Die Importe von Fahrzeugteilen und Autos stiegen innerhalb von nur fünf Jahren um 160 Prozent. Daran lässt sich gut erkennen, welche Bedeutung Engagements von Großkonzernen haben: So investiert VW viel Geld und baut den neuen Jetta und New Beetle in Puebla. Daimler lässt in Mexiko Trucks vom Band rollen.

Die Direktinvestitionszahlen bestätigen den Trend: Zum Ende des Jahres 2007 hatten deutsche Firmen ungefähr

5,5 Milliarden Euro in Beteiligungen in Mexiko gesteckt; die knapp 300 involvierten Firmen erzielten dort einen Umsatz von rund 20 Milliarden Euro.

• **Argentinien:** Die Heimat von Fußballlegende Diego Maradona ist zwar das dritt wichtigste lateinamerikanische Land für den deutschen Außenhandel. Doch gegenüber Brasilien und Mexiko fällt Argentinien deutlich zurück. So wurden 2009 gerade einmal Waren im Wert von 1,4 Milliarden Euro ins Land der Gauchos geschickt. Dies bedeutete lediglich Platz 53 im deutschen Exportranking. Selbst Staaten wie Kasachstan oder Weißrussland liegen auf dieser Liste vor Argentinien.

Auch auf der Importseite reichte es nur für Platz 45. Zwar nahm das Volumen der deutschen Geschäfte mit Argentinien seit 2004 mit etwa 45 Prozent deutlich stärker zu als das gesamtdeutsche Handelsvolumen. Eine Analyse der ausgetauschten Waren verrät allerdings, dass in der Beziehung Deutschland – Argentinien das Handelsmuster zwischen Industrie- und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern herrscht:

**Die Hälfte der deutschen Importe aus Argentinien entfällt auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Genussmittel.**

Deutschland hingegen hat auch in den Argentinern treue Abnehmer für seine Waren aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau sowie aus der Chemiebranche.

## Max-Weber-Preis 2010



Moral in der Marktwirtschaft – spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise beschäftigt das Thema Menschen und Medien in besonderer Weise. Ökonomische Anreizsysteme zur Leistungsmotivation wie Bonuszahlungen, aber auch das marktwirtschaftliche System insgesamt werden von der Öffentlichkeit kritischer gesehen. Außerdem stellt sie immer öfter die Frage nach alternativen Wegen zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung. Die Politik hat in der akuten Krise zwar eine erstaunliche Handlungsfähigkeit bewiesen. Dennoch ist das Vertrauen in Politiker seit Jahren ähnlich gering wie das in Manager.

Unter dem Titel „Mehr Moral durch mehr Markt oder mehr Staat? Welchen Beitrag kann die Politik leisten?“ lädt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zur neunten Verleihung des Max-Weber-Preises am 18. Mai 2010 in Berlin ein. In zwei Kategorien werden Nachwuchswissenschaftler mit dem nach dem berühmten Soziologen benannten Preis für Wirtschaftsethik ausgezeichnet. Sie haben sich in herausragenden Veröffentlichungen mit Fragen der Moralität in der Wirtschaft befasst. Dabei haben sie beispielsweise aufgezeigt, welche Möglichkeiten es gibt, die Moral in einer Wettbewerbsordnung zu stärken, oder sie geben Antworten auf die Frage, wie das Wirtschaftssystem unter ethischen Aspekten stabilisiert werden kann.

Festredner der Preisverleihung ist Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert. Er wird der Frage nachgehen, welchen Beitrag die Politik leistet, um die Vertrauenskrise zu überwinden und moralisches Verhalten in Politik und Wirtschaft zu gewährleisten.

Die Idee des Max-Weber-Preises, junge Menschen zu fördern, die den Zusammenhang von Wirtschaft, Ethik und Gesellschaft erforschen, hat übrigens auch die Jury von „Deutschland – Land der Ideen“ überzeugt: Sie wird den vom Wuppertaler Unternehmer Klaus Tesch gestifteten Preis als „Ausgewählten Ort 2010“ prämiieren.

Weitere Informationen zum Max-Weber-Preis sowie zur Anmeldung erhalten Sie bei Dominik Enste  
Postfach 10 19 42  
50459 Köln  
Telefon: 0221 4981-731  
Telefax: 0221 4981-99731  
E-Mail: max-weber-preis@iwkoeln.de  
www.max-weber-preis.de

## Chancengleichheit Frauen stecken zurück

**Gut vier von zehn Frauen in Deutschland verdienen sich ihren Lebensunterhalt selbst. Doch sobald das erste Kind kommt, rückt die Karriere schnell in den Hintergrund. Noch immer sind es vor allem die Mütter, die bei einer Familiengründung ihre Arbeitszeit reduzieren oder den Job ganz aufgeben.**

Rund 6,9 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter lebten im Jahr 2008 mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren in einem Haushalt zusammen. Sie waren zu 55,5 Prozent erwerbstätig – wohingegen 84,9 Prozent von 5,9 Millionen 15- bis 64-jährigen Vätern arbeiteten.

Dabei standen die Mütter umso häufiger im Beruf, je älter ihr Nachwuchs war. So arbeitete 2008 ein Drittel der Frauen, die ein Kind unter drei Jahren aufzogen. Von den Frauen mit sechs- bis neunjährigen Kindern hatten schon fast zwei Drittel einen Job, von jenen mit älteren Kindern etwa 70 Prozent.

In den Erwerbstätigenquoten spiegelt sich aber auch die bessere Betreuungs-Infrastruktur in den neuen Bundesländern wider: Die Quote der arbeitenden Mütter liegt im Osten mit 58 Prozent zwar nur 3 Prozentpunkte über jener im Westen; allerdings sind in Ostdeutschland mit 53 Prozent mehr als doppelt so viele Mütter vollzeitbeschäftigt wie in den Westländern (22 Prozent). Noch weitaus mehr Frauen mit Kind würden im Osten gern Vollzeit arbeiten, doch sie finden keine passende Stelle.

Generell geht der Trend deutschlandweit ganz klar dahin, dass Eltern trotz Nachwuchs zumindest Teilzeit arbeiten (Grafik):

**Zwischen 1998 und 2008 ist die Teilzeitquote der Mütter mit minderjährigen Kindern von 53 Prozent auf 69 Prozent angestiegen. Bei Vätern kletterte sie von 2 auf 5 Prozent.**

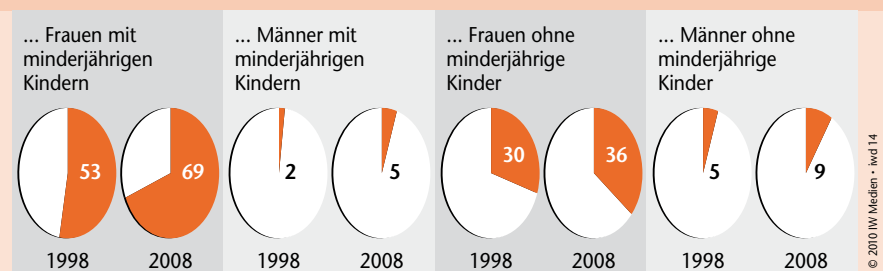
Dass Frauen dennoch viele Karrierepläne nicht verfolgen können, hat noch einen anderen Grund: Zu den familiären Pflichten, die nach wie vor vornehmlich von Frauen übernommen werden, gehört zunehmend auch die Pflege von Angehörigen. Schon heute werden über eine Million Menschen ausschließlich von Angehörigen zu Hause gepflegt; Frauen schultern dabei mit 73 Prozent den überwiegenden Teil.

Nicht zuletzt die deutschen Unternehmen sind deshalb gefordert, Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch besser zu ermöglichen. Viele Betriebe haben schon heute eine große Bandbreite von Teilzeitmodellen wie klassische Tagesteilzeit, Blockteilzeit oder Job-Sharing eingeführt – in Kombination mit Arbeitszeitkonten und Telearbeit.

Dennoch müssen gesellschaftlich und politisch noch bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Frauen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Davon würde auch die deutsche Wirtschaft profitieren – schließlich ist die aktuelle Frauengeneration die am besten ausgebildete aller Zeiten.

### Teilzeit: Keine Männersache

So viel Prozent der ... waren teilzeitbeschäftigt



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

## Gesetzliche Unfallversicherung

# Vorbeugen senkt das Risiko

Die Berufsgenossenschaften zahlen bei Arbeitsunfall oder Berufserkrankung nicht nur die medizinische Behandlung, Reha oder Rente. Mit großem Erfolg kümmern sie sich auch gemeinsam mit den Unternehmen um die Prävention im Betrieb. Seit 1970 ist das Arbeitsunfallrisiko nicht zuletzt dadurch um fast drei Viertel gesunken.

Ob Arbeits-, Wegeunfall oder Berufserkrankung – wenn etwas passiert, treten sofort die Unfallversicherungsträger auf den Plan. Sie kümmern sich um alles – angefangen von der medizinischen Behandlung und Rehabilitation über die berufliche Wiedereingliederung bis hin zur Rentenzahlung, selbst an Hinterbliebene.

Die Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft hatten 2008 allein 33,7 Millionen abhängig Beschäftigte unter ihren Fittichen und darüber hinaus auch 1,2 Millionen Selbstständige. Vom Müllmann bis zum Polizisten waren weitere 4,25 Millionen Personen bei den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand abgesichert.

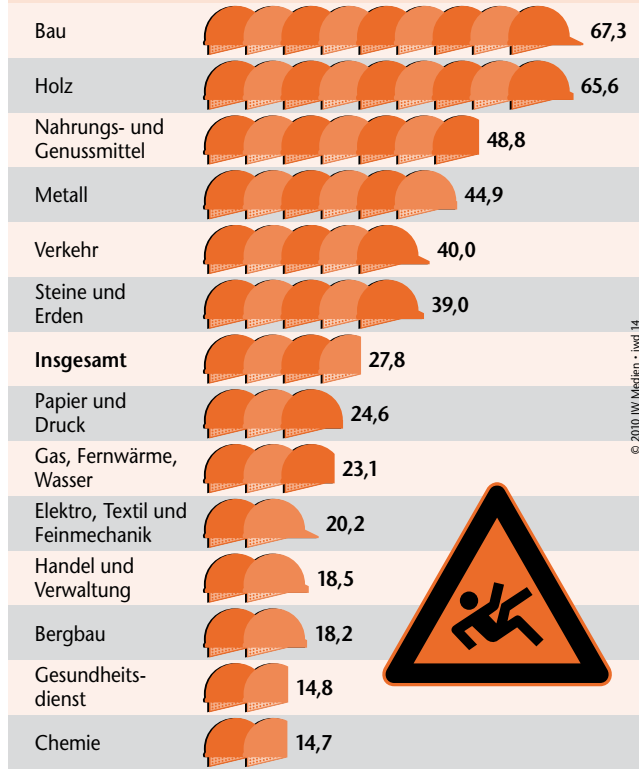
Von den Leistungen profitieren nicht allein die berufsbedingt verunglückten oder erkrankten Mitarbeiter. Im Falle eines Falles sind auch die Arbeitgeber vor Haftpflichtansprüchen gefeit. Und dieser Fall der Fälle tritt gar nicht so selten ein:

**Im Jahr 2008 wurden über eine Million Arbeitsunfälle gemeldet, allein in der gewerblichen Wirtschaft waren es 866.190.**

Hinzu kamen noch einmal rund 179.000 Wegeunfälle. Denn die Beschäftigten sind auch auf dem Weg zur und von der Arbeit abgesichert – obwohl die Arbeitgeber keinen Einfluss darauf haben, wie sich ihre Mitarbeiter im Feierabendverkehr verhalten.

### Arbeitsunfälle: Die meisten am Bau

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2008, nach Berufsgenossenschaften



Berufsgenossenschaften: zusammengefasst nach Wirtschaftszweigen, ohne Landwirtschaft und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Teilzeitstellen umgerechnet auf Vollzeit-arbeitsplätze; Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Damit wenig passiert – im Betrieb und auf dem Weg dorthin –, entwickeln die Berufsgenossenschaften Vorschriften für den Arbeitsschutz, kontrollieren deren Umsetzung vor Ort und schulen die betrieblichen Sicherheitsfachkräfte. Im Jahr 2009 veranstalteten sie dazu in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft 18.100 Fortbildungen für 333.100 Teilnehmer.

Auch wenn die Prävention mit knapp 900 Millionen Euro 2008 nur etwas mehr als 7 Prozent des 12,2-Milliarden-Euro-Etats aller Berufsgenossenschaften ausmachte – die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern hat einen enormen Multiplikatoreffekt. Denn die Unternehmen investieren ein Vielfaches dieser Summe – in ergonomische Bürostühle ebenso wie in die Sicherheitstechnik im Maschinenpark. Die Anstrengungen lohnen sich:

Seit 1970 ist das Risiko in der gewerblichen Wirtschaft, in einen Arbeitsunfall verwickelt zu werden, um 73 Prozent gesunken.

Wurden 1970 noch 103 Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeitstellen gemeldet, reduzierte sich deren Zahl bis zum Jahr 2008 auf knapp 28.

Das Risiko, zu verunglücken, ist allerdings je nach Branche unterschiedlich hoch: Wer Mauern verputzt oder Möbel schreinernt, trägt ein mehr als doppelt so hohes Unfallrisiko wie etwa ein Drucker. Wer im Krankenhaus Patienten pflegt oder in der Chemischen Industrie arbeitet, hat dagegen am wenigsten zu befürchten (Grafik).

Obwohl jeder Arbeitnehmer dazu beitragen kann, dass sein Arbeitsplatz oder der Heimweg sicherer wird, tragen anders als in den übrigen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung die Arbeitgeber alleine die Finanzierung der Unfallversicherung:

**Im Durchschnitt aller Branchen betrug der Beitragssatz 2008 genau 1,26 Prozent der Arbeitsentgelte.**

Weil das berufsbedingte Unfall- und Erkrankungsrisiko von Branche zu Branche variiert, müssen die Unternehmen unterschiedlich tief in die Tasche greifen. Die Spanne der Beitragssätze reicht dementsprechend von 0,74 Prozent des beitragspflichtigen Entgelts beim Branchenprimus Gesundheitsdienst bis hin zu 7,47 Prozent im Bergbau. Große Wirtschaftszweige wie die Metall- und Elektro-Industrie sowie die Chemie liegen mit einem Satz von 1,23 bzw. 1,19 Prozent unter dem Durchschnitt. Je nach Sicherheitsstandard im Betrieb kann der Beitrag noch einmal unternehmensindividuell nach oben oder unten abweichen – ein zusätzlicher Ansporn, sich in Sachen Prävention zu engagieren.

## Länderhaushalte

## Maßhalten lohnt sich

Die Wirtschaftskrise hat tiefe Löcher auch in die Haushalte der Bundesländer gerissen. Insgesamt verbuchten sie 2009 ein Defizit von 25,5 Milliarden Euro. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen allerdings schlossen ihr Budget mit einem Überschuss ab. Dies war der Lohn dafür, dass die beiden Länder seit 2006 auf die Ausgabenbremse getreten sind.

Für die meisten Finanzpolitiker sind Einnahmen lediglich ein durchlaufender Posten: Kaum ist Geld im Staatssäckel, wird es auch schon wieder ausgegeben. Meist verplanen die Hüter des Budgets sogar schon jene zusätzlichen Mittel, die sie erst in Zukunft einzunehmen hoffen. Nur wenn die Einnahmen besonders stark und in unvorhergesehener Weise wachsen, gelingt es den Finanzministern von Bund und Ländern, einen ausgeglichenen Haushalt oder gar einen Überschuss zu präsentieren.

An dieser Mentalität hat sich auch in jüngster Zeit nichts geändert. Im Jahr 2008 gaben die Bundesländer insgesamt 4,3 Prozent mehr Geld aus als im Jahr zuvor. Das war der größte Zuwachs seit langem – und das ausgerechnet, als sich die Wirtschaftskrise bereits ankündigte. In der Rezession 2009 riss die Politik das Ruder ebenfalls nicht herum. Obwohl die Einnahmen um 6,9 Prozent schrumpften, stiegen die Ausgaben nochmals um

2,6 Prozent. Demzufolge betrug das Defizit der Länder insgesamt mehr als 25 Milliarden Euro, was ihren gesamten Schuldenberg auf fast 506 Milliarden Euro anwachsen ließ.

Doch es geht auch anders – das zeigen zwei Regionen im Osten der Republik (Grafik):

**Sachsen erzielte 2009 einen Haushaltsüberschuss von knapp 200 Millionen Euro; Mecklenburg-Vorpommern schaffte ein Plus von mehr als 400 Millionen Euro.**

Trotz Rezession war der in Schwerin verbuchte Überschuss damit sogar nochmals um 80 Millionen Euro höher als 2008.

Diese erfreulichen Zahlen haben sich die beiden Bundesländer über mehrere Jahre erarbeitet – nachdem sie noch 2005 rote Zahlen geschrieben hatten. Von 2006 bis 2009 stiegen die Ausgaben in Sachsen im Mittel zwar um 1,1 Prozent pro Jahr an, dieser Zuwachs war aber weniger als halb so hoch wie im Länderdurchschnitt.

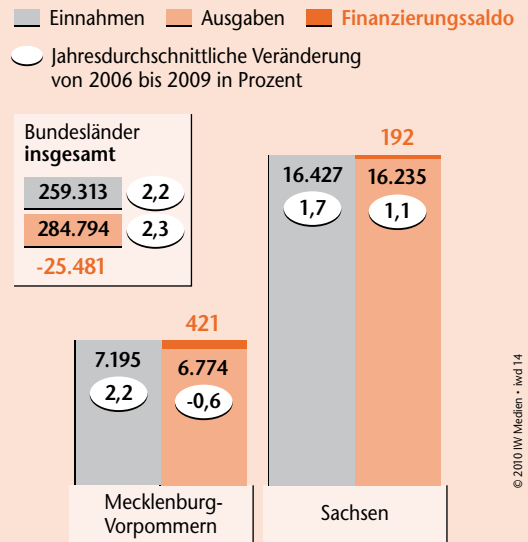
**Mecklenburg-Vorpommern gelang es seit 2006 sogar, seine Ausgaben jedes Jahr im Schnitt um 0,6 Prozent zu kürzen.**

Gespart haben die beiden „Musterländer“ gerade bei dem Posten, der im Schnitt aller Länder mit rund 35 Prozent den größten Anteil an den Aufwendungen ausmacht: den Personalkosten. Während die Bundesländer insgesamt die Ausgaben für ihre Beschäftigten von 2006 bis 2009 im Jahresdurchschnitt um knapp 1 Prozent steigerten, hat Mecklenburg-Vorpommern diese Etat-Position pro Jahr um mehr als 3 Prozent beschnitten. Und auch Sachsen gibt inzwischen weniger für seine Bediensteten aus als noch 2005.

Diesem Konsolidierungskurs steht auch nicht die ökonomisch sinnvolle For-

Haushalte:  
Zwei Ostländer machen Plus

Im Jahr 2009 in Millionen Euro



Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

derung entgegen, der Staat solle sich in einer Rezession eher verschulden, um die Wirtschaft zu stützen. Zum einen haben die Bundesländer insgesamt bereits vor der Krise ihre Ausgaben stark erhöht, statt – wie es die Wirtschaftstheorie ebenfalls fordert – in guten Zeiten zu sparen. Zum anderen sind die Ausgaben der Bundesländer ohnehin kaum konjunkturabhängig, da zu ihren größten Kostenblöcken neben den Personalausgaben die ebenso recht konstanten Zuweisungen vor allem an die Gemeinden zählen.

Auf der Einnahmeseite hinterlässt die Wirtschaftskrise dagegen ihre Spuren, denn die Länder teilen sich mit dem Bund die stark schwankende Körperschaftssteuer und sind wesentlich an der Einkommenssteuer beteiligt. Umso wichtiger und richtiger ist es, in diesen Zeiten auch die Ausgaben zu zügeln, um die Verschuldung nicht weiter in die Höhe zu treiben.

**Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.**

Für Adressaufkleber